

Aufatmen im Goms – vorerst

Staatsrat Reynard: Ambulanzdienst in Münster kurzfristig gesichert. Doch es bleiben Fragen offen.

Fabio Pacozzi

Der Druck zeigt Wirkung: Der Nachtpikettendienst der Ambulanz im Obergoms soll vorerst in Münster bleiben. Dies gab Staatsrat und Gesundheitsminister Mathias Reynard (SP) gestern im Grossen Rat bekannt.

Zuvor hatten die beiden Gommer Grossräte Frank Wenger und Patrik Zimmermann gemeinsam mit den Suppleanten Jürg Hallenbarter und Stefan Diezig einen dringlichen Vorstoss eingereicht. Darin fordern sie, den Nachtpikettendienst mindestens bis zur Eröffnung des Gesundheitszentrums in Münster im Jahr 2024 im Obergoms zu belassen. Dies als Reaktion auf Reynards Ankündigung, den Nachtpikettendienst ab Anfang 2022 von Münster nach Bitsch zu verlegen.

«Keine definitive Garantie»

Nun, bis 2024 ist der nächtliche Ambulanzdienst im Obergoms zwar immer noch nicht sichergestellt. Doch zumindest bis etwa Mitte des nächsten Jahres soll die Obergommer Bevölkerung nicht auf die nächtliche Ambulanz verzichten müssen. Er habe der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation KWRO den Auftrag erteilt, sicherzustellen, dass der Dienst vorerst in Münster bleiben kann, sagte Reynard gestern.

«Das ist zwar noch keine definitive Garantie. Aber wir sind überzeugt, dass die involvierten Parteien eine Lösung finden werden», zeigte sich der Grossrat und Obergommer Gemeindepräsident Patrik Zimmermann erfreut. Und Kollege Frank Wenger, ebenfalls Grossrat und Gemeinderat in Fiesch, ergänzte: «Wir sind erleichtert, hat Staatsrat Reynard nun ein-



Staatsrat Mathias Reynard hat eingelenkt: Kurzfristig soll der Nachtpikettendienst der Ambulanz im Obergoms bleiben.
Bild: pomona.media/Alain Amherd

gesehen, dass man die medizinische Grundversorgung im Goms auch in der Nacht sicherstellen muss.»

Denn immerhin, so Wenger, lebten im Goms rund 4500 Menschen. Hinzu kämen in der Hochsaison über 15 000 Touristen, und im Sommer verzeichne man aufgrund der drei Passübergänge sowie dem Autoverlad ein hohes Verkehrsaufkommen.

Würde man nun die Nachtambulanz nach Bitsch verlegen, dauere es noch länger als ohnehin schon, bis ein Patient erstversorgt und ins Spital transportiert werden könne. Dabei würden bereits heute in knapp 60 Prozent der Fälle mehr als 20 Minuten verstreichen, bis die Ambulanz nach einem Notruf eintrifft. Diese Situation noch zuzuspit-

zen wäre schlicht «inakzeptabel» gewesen, so Frank Wenger.

Das sieht auch Patrik Zimmermann so. Offenbar müsse man umso stärker für seine verfassungsmässigen Rechte kämpfen, je weiter entfernt man vom Talgrund lebe. «Dabei darf es in medizinischen Angelegenheiten keine Ungleichheiten geben. Ein Leben im Goms ist genauso wertvoll wie eines in der Agglomeration.»

Wie gehts 2022 weiter?

Das konnte freilich auch Staatsrat Reynard nicht bestreiten. Er bedauere, dass er die betroffenen Gemeinden aufgrund der dringlichen Situation sehr kurzfristig habe informieren müssen. Allerdings sei es nie seine Absicht gewesen, den Pikett-

dienst im Goms permanent zu schliessen. Stattdessen habe es sich bei der geplanten Verlegung nach Bitsch um eine temporäre Lösung gehandelt, um die Versorgung im Talgrund sicherzustellen: Wegen Personalmangels könne nämlich der Pikettendienst in Visp ab nächstem Jahr nicht mehr betrieben werden.

Offen bleiben somit die Fragen, wie denn nun erstens die Grundversorgung im Talgrund sichergestellt werden kann. Diesbezüglich äusserte sich Reynard gestern nämlich nicht.

Und zweitens wird natürlich zu sehen sein, ob die Obergommer auch nach Mitte 2022 noch einen Nachtpikettendienst haben werden. Bis dahin soll nämlich das gesamte Walliser Ambulanz-Dispositiv neu geplant werden.

Grossrat kompakt: Das lief sonst noch

Winzer sorgen bei Darbellay für Kopfschmerzen

In einem dringlichen Postulat forderte CVPO-Mann Rainer Studer, gemeinsam mit Unterwalliser Kollegen von der CVP, FDP und SVP, den Winzern mit 14 Millionen Franken unter die Arme zu greifen. Infolge des Aprilfrosts und des nassen Sommers betrage die Ernte 2021 nur etwa die Hälfte eines normalen Jahres – ein historischer Negativrekord. Die Postulanten warnten, dass ohne staatliche Unterstützung zahlreiche Weinbetriebe verschwinden könnten, mit katastrophalen Folgen für Wirtschaft, Landschaft und Tourismus. Der zuständige Staatsrat Christophe Darbellay anerkannte zwar die Probleme der Traubenproduzenten – allerdings habe er keine 14 Millionen Franken, die er ausgeben könne: «Das ist nicht realistisch.» Es seien andere Massnahmen angedacht, um den Winzern zu helfen, das Jahr zu überstehen. Gegen die Unterstützung sprachen sich auch die Grünen aus: Statt einer einmaligen Zahlung brauche es jetzt eine Strategie, sagte Corinne Card. Denn infolge des Klimawandels seien drastische Ernteausfälle auch in Zukunft immer öfters zu erwarten. Das Parlament sah dies allerdings anders: Mit 108 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen stimmte es für das Finanzpaket zugunsten der Winzer. Darbellay muss nun wohl oder übel nach einer Möglichkeit suchen, in seinem Departement 14 Millionen Franken umzuverteilen.

Gletscherabbruch: «Dörfer im Lötschental sind sicher»

Beim Birchgletscher im Lötschental droht ein Gletscherabbruch. Diego Schmid und Martin Giachino von der SVPO wollten deshalb wissen, wie der Kanton das Gefahrenpotenzial bei Blatten einschätzt. Wie Staatsrat Franz Ruppen bestätigte, sei in nächster Zeit tatsächlich mit einem Abbruch zu rechnen – wobei es wohl eher zu mehreren Teilabbrüchen kommen werde. «Das Siedlungsgebiet ist im Moment aber nicht gefährdet. Die Dörfer des Lötschentals sind sicher», so Ruppen.

Angestellte der KESB sind verunsichert

Der Verfassungsrat plant, die KESB durch ein Familiengericht zu ersetzen. Gleichzeitig unterzieht Staatsrat Frédéric Favre die KESB derzeit einer Reorganisation. Diese «Verstaatlichung», wie Olivier Imboden sie betitelte, Sorge bei den Angestellten aber für grosse Unsicherheit. Niemand wisse, ob er seine Stelle auch in Zukunft noch haben werde. Die CVPO forderte deshalb bei der Reorganisation der KESB einen Marschhalt – so lange, bis klar sei, ob der Verfassungsrat am Familiengericht festhält. Die Idee fand im Grossen Rat allerdings kein Gehör. Gerade mal 27 Abgeordnete unterstützten eine Sistierung, 100 waren dagegen. Die Reorganisation sei bereits zu weit fortgeschritten, um nun eine Pause einzulegen. Allerdings wurde Favre von mehreren Rednern ermahnt, den Angestellten der KESB nun rasch darzulegen, wie es mit ihnen weitergehe.

Budget 2022: Die Zahlen sind schwarz – gerade noch

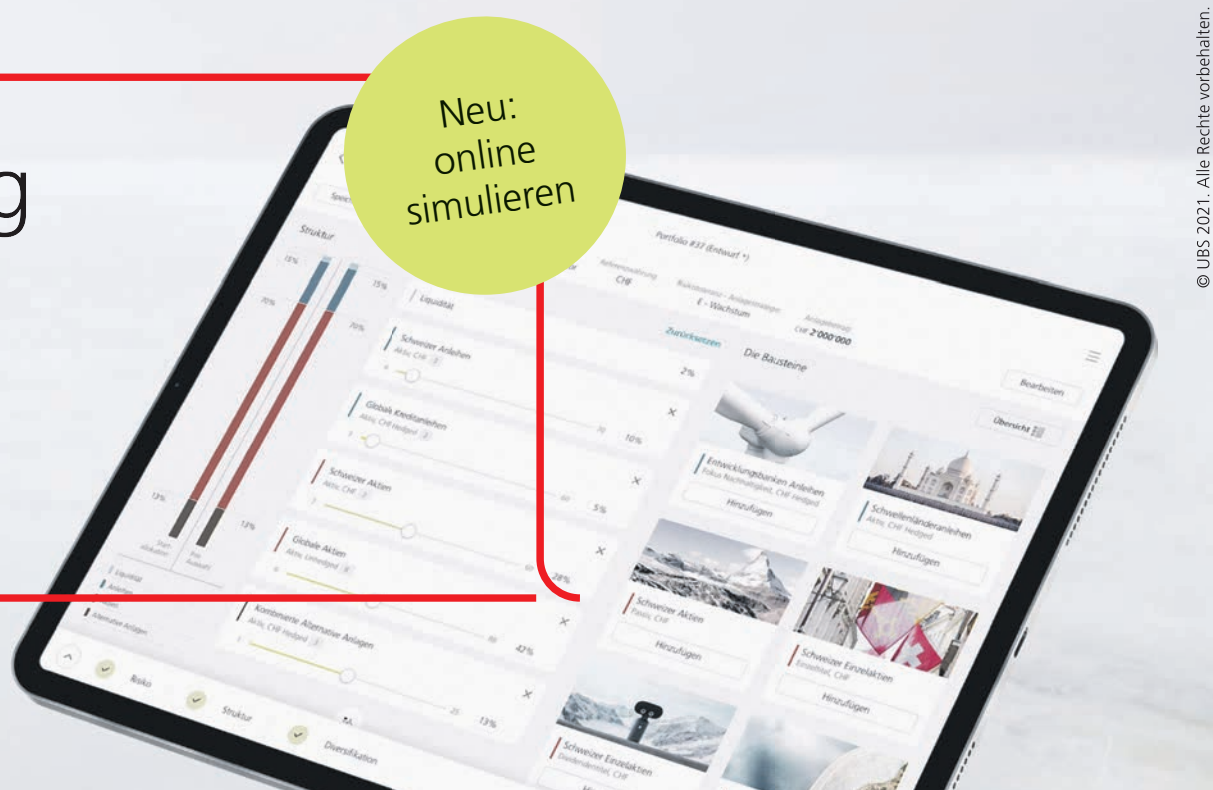
Einstimmig nahm der Grosse Rat gestern das Budget 2022 an. Dieses sieht bei Aufwänden und Erträgen von jeweils gut vier Milliarden Franken einen kleinen Ertragsüberschuss und Rekordinvestitionen von mehr als 640 Millionen Franken vor. Man habe es trotz der Pandemie geschafft, schwarze Zahlen zu budgetieren, freute sich Finanzminister Roberto Schmidt. Indes könne er nicht mehr ausschliessen, dass vielleicht schon 2023 ein neues Sparprogramm aufgelegt werden müsse. (pac)

ANZEIGE

Vermögensverwaltung neu erleben

Die neue Generation der Vermögensverwaltung:
UBS My Way

Neu:
online
simulieren



© UBS 2021. Alle Rechte vorbehalten.